

20.10. „Raus aus der Rotstiftfalle“ - Diskussionsbeitrag Margarethe Goldmann

1. Arbeitskreis Stadtkultur Wiesbaden

Ich moderiere seit Jahren den Arbeitskreis Stadtkultur Wiesbaden. Dieses Statement basiert auf den Kenntnissen, die ich dort gewonnen habe. Ich referiere Ihnen heute Abend den Diskussionsstand dieses Zusammenschlusses von mittlerweile 32 frei-gemeinnützige Kulturträgern unserer Stadt (dazu gehören nicht die kommunalen wie die Mediathek oder das Caligari), so wie **ich** ihn wahrnehme. Da wir ein demokratischer Verbund sind, stimmen wir Texte gemeinhin im Detail mit allen ab. Das haben wir für diese Stellungnahme aus Zeitgründen nicht geschafft – daher meine Vorrede.

Im AK Stadtkultur arbeiten mit – ich nenne nur die „Größten“:

Bildende Kunst: Nassauischer Kunstverein Wiesbaden, Walkmühle, Kunstverein-Bellevuesaal, FrauenMuseum Wiesbaden,

Theater: thalhaus, Velvets, Kammerspiele, kuenstlerhaus 43, Werkstatt f. Bühne und Film, Staatstheater, Walhalla, Schauspielschule

Geschichte: Aktives Museum Spiegelgasse, Initiative Haus der Stadtkultur im Alten Gericht

Musik: Kooperative New Jazz, Sängerkreis Wiesbaden, Soziokultur: Schlachthof, Kreativfabrik, Kulturpalast

Film: exground, Murnau-Stiftung

sowie Schloß Freudenberg, vhs, Initiative Kultur ist Wiesbaden- Wiesbaden ist Kultur“

Freie Kulturträger sind gemeinnützige, nicht auf finanziellen Gewinn orientierte, dennoch nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen arbeitende **Betriebe** – meist aber selbstausbeuterisch, weil die Kulturarbeit zwar Selbstverwirklichung und Identifizierung erlaubt, aber selten einen lukrativen Verdienst respektive Lebensunterhalt sichert. Hier gibt es zahlreiche ehrenamtliche Akteure, aber auch zahlreiche feste Arbeitsplätze.

Freie Kulturträger sind frei im Sinne es Kunstfreiheitsgebots des Grundgesetzes, was dazu verpflichtet, dass sie sich ohne Zensur entwickeln können - und vor allem zum Nachdenken und Mitfühlen anregen, indem sie – vereinfacht gesprochen - den gesellschaftlichen Zuständen den Spiegel vorhalten oder die „Verhältnisse zum Tanzen bringen“ und zum Zusammenhalt der Gesellschaft und zum friedlichen kulturvollen Zusammenleben beitragen.

Sie werden gefördert, weil die öffentliche Hand genau das fördern möchte und sollte, „was es schwer hat“ (so ein berühmter Slogan der Kulturpolitik) – also sich beim Publikum (noch) nicht durchsetzt, nicht selber finanzieren kann. Nur so kann die politisch hoch geachtete **Vielfalt** gesichert werden.

Im neuen Haushalt sollen diesen Einrichtungen insgesamt 1.544.182 € gestrichen werden. Das entspricht nicht nur 4,27 %, sondern faktisch sogar 5,7 % dessen, was die Stadt 2014 an Zuschüssen gezahlt hat, denn sie hat im Jahre 2015 den Kunstsommer und den Zuschuss für das das Pariser Hoftheater bereits gestrichen.

2. Fixkosten – Spielgeld

„4,3% - die sind doch verkraftbar“, denken bestimmt viele.

Machen wir mal eine ganz grobe Rechnung:

Wenn wir davon ausgehen, dass bei vielen der genannten Institutionen folgende Kostenposten anfallen,

ca. 1/3 für Mieten, wenn größere städtische Räume genutzt werden

1/3 für Strom, Heizung, Versicherungen, Werbung, Transporte etc.

= Fixkosten

Dann bleibt 1/3 für die Kunst – und von denen muss man dann nicht 4,3%, sondern zwischen 10 - 15 % abziehen.

D.h. die Kürzung geht voll zu Lasten der Kulturschaffenden /Künstlerinnen/Kulturorganisatoren, die davon leben sowie von Menschen die ihnen zuarbeiten (Büro, Veranstaltungs-technik) – denn die

Stadt verzichtet nicht auf ihre Miete, ESWE nicht auf die Stromkosten. Es fehlt also an **Spielgeld**, der Ressource für die Kreativität.

3. Mehrbedarfe

Sie wissen, dass es in Wiesbaden die HH- Liste mit den Positionen gibt, die der Kämmerer anerkennt und eine mit Mehrbedarfen, um die gerungen werden wird.

Die zahlreichen freien Kulturträger wurden im Vorfeld der Haushaltsberatungen vom Kulturamt oder den Kulturpolitiker/innen der großen Koalition nicht befragt: Was ist denn Euer Mehrbedarf? Was braucht ihr denn, um Euren Betrieb weiter zu führen.

Der AK Stadtkultur hat das getan: **330.000 € ist die Summe**, die zusätzlich mindestens nötig wäre, um überhaupt zukunftsfähig zu bleiben, um dringende Personalkosten, Mietsteigerungen, Investitionen, Anschaffungen, Bauunterhaltung bezahlen zu können – von der Ausweitung künstlerischer und kultureller Programme ist hierbei keine Rede.

Diese Summe kommt vor allem auch deshalb zustande, weil viele Bedarfe seit Jahren der Stadt bekannt sind aber nicht zur Zuschusserhöhung geführt haben. Es wurde vertröstet und versprochen – und nichts davon umgesetzt. Es gibt Kulturträger, deren Zuschuss ist seit 2008 nicht gestiegen, also bereits seit 8 Jahren in Folge – wohl aber deren Kosten.

Der seit 10 Jahre bestehende Künstlerverein Walkmühle und die Kooperative New Jazz kämpfen derzeit um die Nutzung der Walkmühle nach ihrer Sanierung, die Initiative „Theater im Pariser Hof“ braucht eine Anschubfinanzierung für ihren Neuanfang im Pariser Hof, einem Ort an dem sich fast 30 Jahre lang Theater in Wiesbaden bewährt hat. In Erinnerung rufen will ich auch, dass es bis vor kurzem einen Wiesbadener Kunst-Sommer gegeben hat – das einzige Kunst-im-öffentlichen-Raum-Projekt in dieser Landeshauptstadt, das bereits vor Monaten sang- und klanglos beerdigt wurde. Die Mittel für diese hier genannten Kulturträger und Projekte müsste man auf eine ehrliche Mehrbedarfsrechnung noch draufschlagen.

4. Der Mindestlohn

ist Gesetz – es gibt tatsächlich Städte, in denen hat sich die Kulturpolitik dieses Themas angenommen und zahlt den freien Kulturträgern den Differenzbetrag zu dem, was seit dem 1. Jan. gesetzlich geregelt mindestens gezahlt werden muss: In Wiesbaden interessiert das die Kulturpolitik - auch interessanterweise die sozialdemokratische – überhaupt nicht. Wir haben den Mehrbedarf ausgerechnet. **Es sind mindestens 70.000 €.**

5. Kulturwerbung

In Wiesbaden gibt es keine bezahlbare Möglichkeit, Kulturveranstaltungen im öffentlichen Raum anzukündigen. Auch die großen Einrichtungen ächzen unter den Summen, die die WALL AG seit Juli 2015 dafür kassiert. Bis zu diesem Datum war die Werbung für Kulturträger kostenfrei. Ohne Vorankündigung wurde die Regelung Knall auf Fall zur Jahresmitte gestrichen. Das Geld fehlt auch in 2016/17. Es waren jährlich rund 125.000 €, die nun aus den vorhandenen gekürzten Budgets aufgebracht werden müssten. Viele Kulturträger können das aber nicht und daher gibt es im öffentlichen Raum keine Möglichkeit für die Bürger/innen unserer Stadt, sich über die Vielfalt der Kulturangebote zu informieren. So viel zum Thema: Teilhabe an der Kultur für alle. Statt die Vielfalt der Kulturangebote sichtbar zu machen, lässt die Kulturpolitik zu, dass der öffentliche Ankündigungsraum der Stadt zu nahezu 100% kommerziell genutzt.

6. Fazit

Anstatt die Kultur zukunfts- und anschlussfähig zu erhalten, wird ihr der Hahn zugekehrt.

Die Kürzung bringt die Wiesbadener Kulturschaffenden und damit Wiesbaden insgesamt

- um die Existenz von Arbeitsplätzen und die Realisierung von beruflichen und ehrenamtlichen Lebensentwürfen in kulturellen Berufen.

- um angemessene Produktionsbedingungen im Sinne einer Grundausstattung für alles, was dem Publikum wichtig ist und was gesellschaftlich benötigt würde: von freien Theaterproduktionen, Konzerten über Kunstaussstellungen bis zu Sprachkursen für Flüchtlinge.
- um die bisherige Programmdichte und damit um Attraktivität: Auch wenn vielleicht niemand dicht macht, wird es doch mehr Schließtage und z.B. bei Ausstellungen weniger an der Zahl und die mit längeren Laufzeiten geben.
- um neue Aufmerksamkeit fördernde experimentelle Zukunftsprojekte,
- um ihre Anschlussfähigkeit an die Kulturszene in anderen Städten, Regionen und Ländern – denn alle sind in Deutschland, Europa und in der Welt vernetzt.

Und nicht nur das – es hat noch weitere negative Auswirkungen:

- Auf die junge Generation und den notwendigen Generationswechsel:

Wir haben seit 2010 wesentlich weniger kulturelle Neugründungen als in den letzten 4 Jahrzehnten. Viele der Älteren werden bald in Rente gehen (von prekären Arbeitsverhältnissen oder bescheiden bezahlter Arbeit direkt in die Altersarmut und Hartz IV) – wer soll die Einrichtungen, Vereine weiter betreiben? Unsere Jugend sucht vor allem einen sicheren Arbeitsplatz wie die neue Shell-Studie mitteilt – den findet man in der Kultur nicht.

- Auf die Möglichkeiten, sich an anderen Stellen Geld zu besorgen:

Die Kulturfinanzierung aus Fonds, Stiftungen, Bundes- und EU-Mitteln ist abhängig von den Eigenanteilen, die eingebracht werden können. Je weniger Geld hier im Topf ist, desto weniger Geld kann auch eingeworben werden.

Aus politischer Eingeschnaptheit nach dem Museumsdesaster im letzten Jahr droht die Kulturpolitik der Groko immer noch den Ausstieg aus dem Rhein Main Kulturfond an, ohne die Folgen fehlender Kooperationsmöglichkeiten (und Geldzufluss z.B. von Frankfurt nach Wiesbaden) zu bedenken.

- Auf die Hoffnungen, Sponsoren und Mäzene würden in Wiesbaden für die freien Kulturträger eintreten:

Diese Hoffnungen haben sich – bundesweit - als illusionär herausgestellt, um die Grundstrukturen zu sichern. Und auch das dicke Geld für spezielle attraktive Projekte ist auch in Wiesbaden schon lange verplant: Maifestspiele, Bürgerstiftung, Reitturnier und nicht zuletzt das Kulturstadamt selber greift diese Mittel ab. Jeder freie Kulturträger ist immer auch für kleine Beiträge von wem auch immer dankbar, aber sie lösen seine Probleme nicht.

- Auf alle Ideen, den Kulturbereich noch mehr Menschen zugänglich zu machen:

Teilhabe lautet die politische Forderung von SPD und CDU (siehe z.B. Wahlprogramm der SPD). Aber von welchem Geld sollen denn die gewünschten kulturpädagogische Programme bezahlt werden? Die Frage stellt sich die Kulturpolitik erst gar nicht, damit sie sie nicht beantworten muss.

7. Ausblick

Der AK Stadtkultur hat einen Kulturentwicklungsplan gefordert,

- um endlich zu einer systematischen Darstellung der Gesamtlage im Kulturbereich zu kommen,
- um die Stadtverordneten aus ihrem Dilemma, tagesaktuelle Entscheidungen treffen zu müssen, deren Stellenwert im Gesamtsystem Stadtkultur sie überhaupt nicht erkennen können, zu befreien
- um der Öffentlichkeit gerecht zu werden, die ein Recht auf Transparenz und Begründung von Förderentscheidungen, die bislang jeder Grundlage entbehren, hat. Denn hier geht es um Steuermittel und die Legitimation ihrer Verwendung.
- um den Kulturschaffenden und dem Kulturpublikum – und das sind auch immerhin etwa 2 Mio. jährlich - und ihrem Anspruch auf eine professionelle Steuerung von Kulturpolitik, die diesen Namen verdient, gerecht zu werden.

